

**Beschlussvorlage**

STADT KARLSRUHE  
Der Oberbürgermeister

**20. Sitzung des Gemeinderates am 24.01.2006****TOP 1**Vorlage Nr. 511 Öffentlich  Nichtöffentlich 

verantwortlich: Dez. 1

**Aufruf gegen die Neonazi-Demonstration am 28. Januar 2006**

Beratungsfolge	Sitzung am	TOP	ö	nö	Ergebnis
			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

Antrag an den Gemeinderat

Der Gemeinderat beschließt den als Anlage beigefügten Aufruf gegen die Neonazi-Demonstration am 28. Januar 2006.

Finanzielle Auswirkungen:      nein       ja 

Gesamtaufwand der Maßnahme	Einnahmen (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeinsparungen)

Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO):    nein     ja     durchgeführt am Abstimmung mit städtischen Gesellschaften:    nein     ja     abgestimmt mit 

Formatänderungen der Wordvorlage sind nicht zulässig !

Für Toleranz und Weltoffenheit

Rassisten und Neonazis unerwünscht.

Angesichts des geplanten Aufmarschs von Neonazis am 28. Januar 2006 in Karlsruhe bekräftigen wir das Eintreten für Toleranz und Weltoffenheit, für das sich der Karlsruher Gemeinderat schon im Oktober 2000 einmütig ausgesprochen hat.

Damals hat der Gemeinderat darauf hingewiesen, dass Bürgerinnen und Bürger aus unterschiedlichen Nationalitäten seit Jahrzehnten in Karlsruhe friedlich miteinander leben - und dass das auch so bleiben soll.

Nunmehr wollen die Neonazis erneut unsere Straßen mit ihren Hetzkampagnen überziehen. Unsere Antwort darauf ist wie die des Gemeinderats im Jahr 2000: Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz haben in unserer Stadt keinen Platz.

Auch der heutige Gemeinderat weiß sich mit der großen Mehrheit der Karlsruherinnen und Karlsruher darin einig, das Zusammenleben verschiedener Kulturen und Nationalitäten in unserer Stadt als Aufforderung zum gegenseitigen Respekt und als kulturelle Bereicherung zu begreifen. Hierin möchte sich Karlsruhe von keiner anderen deutschen Stadt übertreffen lassen.

Wir bekräftigen deshalb die Aussage des Gemeinderats von 2000:

„Die Stadt Karlsruhe unterstützt alle Initiativen, die sich für Toleranz, Liberalität und Offenheit einsetzen. Sie weiß sich einig mit allen Kräften des gesellschaftlichen Lebens, die rechtsextremistisches Gedankengut ablehnen.“

Wir unterstützen alle friedlichen Aktivitäten, die sich dagegen richten, dass unsere Stadt, auch bekannt als Residenz des Rechts, zum Aufmarschgebiet rassistischer Hetze wird. Und die dazu beitragen, den Willen der Bürger/-innen unserer Stadt zum Ausdruck zu bringen:

In Karlsruhe sind Rassisten, sind Neonazis unerwünscht.

Beschluss:

Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat beschließt den als Anlage beigefügten Aufruf gegen die Neonazi-Demonstration am 28. Januar 2006.

Hauptamt - Sitzungsdienste -  
11. Januar 2006